



## Wann handelt die Oberbürgermeisterin?

### Ordnungsamt Mayen – Die Gefahrenabwehrverordnung in die Praxis umsetzen

**Mayen.** Irgendwann, so ab 18.00 Uhr oder am Wochenende (ab Freitagnachmittag), würde man sich als Bürger gerne mit seinen wirklich dringenden Problemen an das Ordnungsamt mit der Bitte um Hilfe wenden.



**Diese Probleme können, das liegt in der Natur der Dinge, recht vielfältig sein.**

Klar kommt da gerne die Aussage, dass die Polizei sich um solche Probleme zu kümmern habe, aber deren Personaldecke ist mittlerweile dermaßen angespannt, dass man auch bereit sein muss zu verstehen, dass dort unter Umständen andere Prioritäten herrschen, was wahrscheinlich jeder mit ei-

nem gerade passierten Unfall oder als Opfer einer Straftat, nur zu gerne bestätigt. Woanders funktioniert es aber auch: Beamte der Stadt gehen Streife oder sind in Bereitschaft, sind erreichbar – und in der Lage einzugreifen, um in Rahmen ihrer Möglichkeiten für Ordnung zu sorgen.

Sollte man für solch einen Streifen- bzw. Nacht- und Wochenenddienst nicht die nötigen Mittel freimachen? Es verlangt ja niemand, dass Beamte rund um die Uhr durch die Stadt hetzen, aber eine Bereitschaft, die erreichbar ist und eine gewisse Präsenz zeigt, sollte schon da sein. Die Sturm-, Drang- und Stoßzeiten sind ja bestimmt bekannt. Vielleicht besteht auch die Möglichkeit, das Jugendamt zeitweise mit einzubinden?

An Lukasmarkt funktioniert dies ja auch. Muss dafür mehr Personal eingesetzt werden oder ist so ein Dienst mit dem vorhandenen Personal zu bewältigen?

Es wäre schön, wenn es da endlich mal Licht am Ende des Tunnels geben würde. Unsere Stadt würde sicherer und sauberer werden!

Markus Esper

**IMPRESSUM:** Der BürgerBrief erscheint unregelmäßig und wird herausgegeben von den Freien Wähler Mayen e.V., vertreten durch Hans Georg Schönberg (Fraktionsvorsitzender) und Markus Esper (Vorsitzender).  
Verantwortlich:  
Hans Georg Schönberg; Redaktionsanschrift:  
Lindenstraße 20, 56727 Mayen Auflage 10.000

## Naturschutz ist Menschenschutz!



**Mayen.** Zunehmend wird von betroffenen Anwohnern und Bürgern moniert, dass in Mayen keine ausreichende Pflege und Kontrolle der Feld-Heckenstrukturen erfolgt. Konkret: Im Zuständigkeitsbereich der Stadt Mayen ist ein über die Jahre schleichender Rückgang der Heckenbestände und der Ackerrandstreifen zu beobachten. Im Zuge der Flurbereinigungen zugeteilte Feldhecken werden jährlich Stück für Stück geschmälert, zum Teil sogar gänzlich entfernt.

Auch das Umpflügen von Randstreifen bis teilweise an die



Teerdecke der Wege führt in Mayen bisher zu keinerlei Konsequenzen. Darüber hinaus sind diese Windschutzstreifen, die einer regelmäßigen Verjüngung (nicht zu verwechseln mit einem Rückschnitt) bedürfen, seit ihrer Anpflanzung nicht mehr fachmännisch gepflegt worden. In der Natur erfüllen Hecken, Gehölze und Randstreifen die verschiedensten Funktionen.

Neben ihrer Aufgabe als Lebensraum vielfältigsten Arten von Tieren und Pflanzen nimmt ihre Schutzfunktion vor Wind, Boden-erosion und Wasserrückhaltefunktion jedoch einen immer höheren Stellenwert ein. Besonders deutlich wird dieser Schutzeffekt, wo Hanglagen in Dorf- bzw. Stadtnähe die Situation verschärfen.

Das schwere Unwetter Ende August hat in der Region Trimbs/Welling und unserem Stadtteil Hausen zu erheblichen Schäden geführt. Neben Sturmböen und Hagelschlag führte der Starkregen zu schweren Überschwemmungen und vollgelaufenen Kellern in tiefer gelegenen Wohngebieten. Deshalb erwarten die Freien Wähler von der Stadt Mayen in ihrer Funktion als Eigentümerin der Flächen und Wege eine verantwortungsvolle, fachgerechte Kontrolle und Pflege bzw. soweit erforderlich auch eine Neuanpflanzung oder Nachbesserung. Umpflügen von Wegrändern oder Entfernen, Verbrennen von Heckensäumen, Windschutzstreifen müssen stärker gehandelt werden.

Auch sollte in diesem Zusammenhang die Überlegung mit einbezogen werden, inwieweit anfallendes Pflegematerial energetisch verwertet werden kann. Eine entsprechende Anfrage der FWM wurde in der Oktobersitzung des Stadtentwicklungs- und Umweltausschusses von der Stadtverwaltung zur Umsetzung angenommen.

